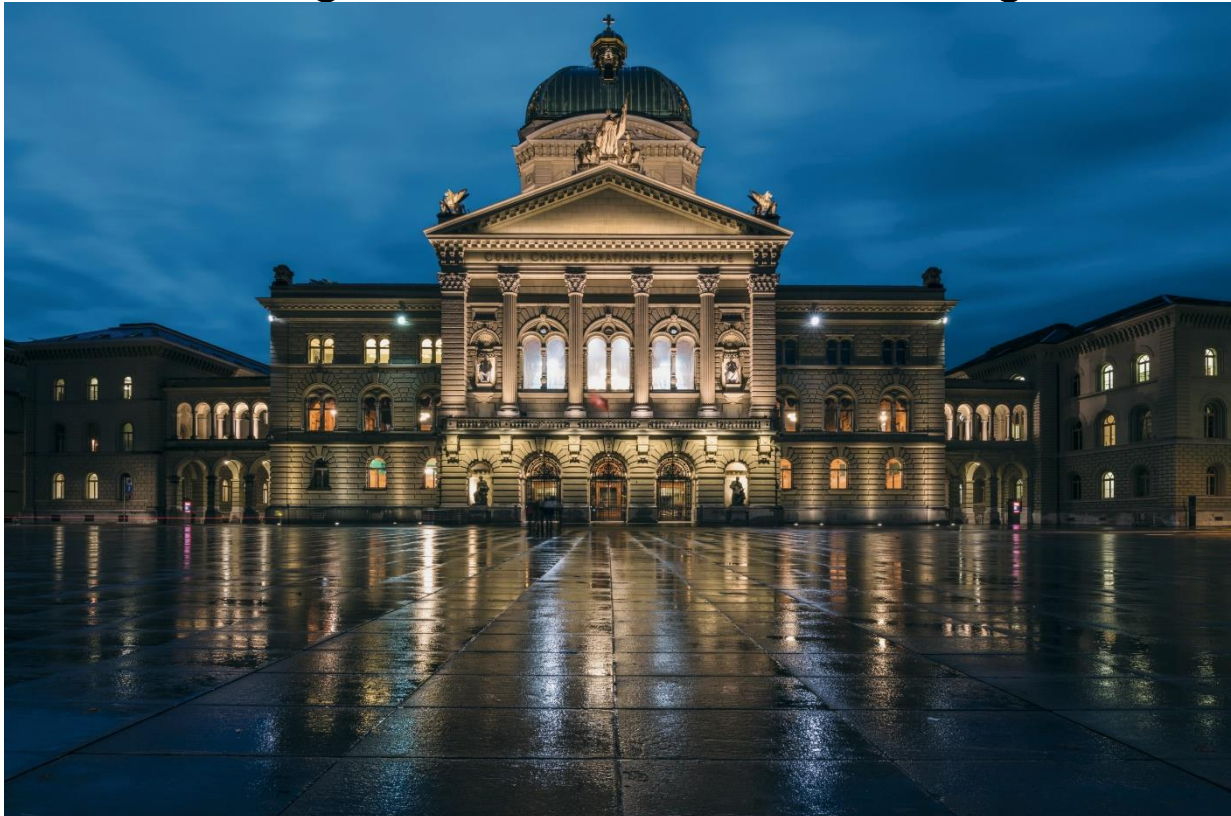


Rückschau Herbstsession 2023: Keine Kürzungen in der Tourismusförderung



Die neue Standortförderung mit den Finanzierungsbeschlüssen für den Tourismus wurde für die nächsten vier Jahre bestätigt. In der vergangenen Herbstsession hat das Parlament den Entscheid des Ständerates vom Sommer bereinigt und bewilligt. Die Möglichkeit für Absolvierende aus Drittstaaten der Tertiärstufe B in der Schweiz zu arbeiten, ist noch nicht reif. Der Ständerat weist die Vorlage an den Bundesrat zurück mit dem Auftrag, die Vorlage verfassungsgerecht zu vereinfachen.

Das Parlament setzt mit der Standortförderung ein starkes Signal zu Gunsten des Tourismus
Die Finanzierungsbeschlüsse im Rahmen der Standortförderung 2024 – 2027 und damit auch der Zahlungsrahmen für die touristischen Förderinstrumente wurden in dieser Session im Ständerat bereinigt. Das Parlament hat den Zahlungsrahmen gemäss Vorschlag des Bundesrates und somit ohne zusätzliche Kürzungen bewilligt. Die von der Tourismusbranche geforderten moderaten Erhöhungen des Budgets für Schweiz Tourismus und für die Neue Regionalpolitik (NRP) scheiterten im Nationalrat. Ein Kürzungsantrag um rund ein Drittel des Betrages des Fonds für Regionalpolitik konnte hingegen im Nationalrat deutlich verhindert werden. Daher nimmt die Beherbergungsbranche den Entscheid mit Genugtuung zur Kenntnis. Das Parlament setzt damit trotz angespannter Lage der Bundesfinanzen ein starkes Signal zugunsten der Branche und zur Förderung eines innovativen und nachhaltigen Tourismus.

Lösung für die gezielte Zulassung zum Arbeitsmarkt von Drittstaatsangehörigen mit Schweizer Tertiärabschluss verzögert sich

Personen aus Drittstaaten, die sich in der Schweiz hochqualifiziert haben, verfügen über ein passgenaues Profil, um in Bereichen mit Fachkräftemangel Erleichterung zu schaffen. Der Nationalrat hatte in der Frühlingssession der Anpassung des Ausländer- und Integrationsgesetzes zugestimmt und die wichtige Ergänzung der Höheren Berufsbildung vorgenommen. Der Ständerat war zwar in der Sommersession auf das Geschäft eingetreten, folgte nun aber dem Antrag seiner Staatspolitischen Kommission und wies das Geschäft an den Bundesrat zurück.

Die dadurch verursachte Verzögerung bei der Lösungsfindung ist ebenso bedauerlich wie die Tatsache, dass der Rückweisungsantrag sich nur mit den Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen beschäftigt, und nicht der Tertiär B, wie von HotellerieSuisse gefordert.

Mit der Annahme der Motion Atici «Den Fachkräftemangel mit allen mildern, die einen Abschluss in der höheren Berufsbildung haben» unterstreicht der Nationalrat seinerseits die Wichtigkeit des Anliegens von HotellerieSuisse, die Tertiärstufen A und B gleichzustellen. HotellerieSuisse fordert eine zügige und pragmatische Lösung, welche alle formalen, eidgenössisch anerkannten Abschlüsse der beiden Tertiärstufen A und B berücksichtigt.

Arbeitgeberattraktivität mit Möglichkeiten für Personalwohnungsbau steigern

Der Nationalrat hat in der vergangenen Session als Zweitrat der Motion von Ständerat Martin Schmid zugestimmt. Diese verlangt, dass der Bau von Personalwohnungen durch Hotelbetriebe mit ausländischer Eigentümerschaft erleichtert wird. Die Hotels erhalten mit dem Bau von Personalwohnungen eine Möglichkeit, den Mitarbeitenden eine attraktive Miete anbieten zu können. Für die Einstellung von qualifiziertem Personal ist dies heutzutage ein wichtiges Kriterium. Besonders in den Bergregionen ist die Nähe von Wohn- und Arbeitsplatz ein entscheidend. Mit der Überweisung der Motion an den Bundesrat zur Umsetzung ist ein erster Schritt getan, dass Hotelbetriebe ihre Arbeitgeberattraktivität mit zusätzlichen Personalwohnungen steigern können.